



Martin Häusling, Mitglied des Europäischen Parlaments

Positionspapier zu Biokraftstoffen

E 10 ist der falsche Weg! Dem Teller den Vorrang geben vor Trog und Tank!

Angesichts der neuen heftigen Diskussion um Biokraftstoffe wird deutlich, dass es im Bereich der Biomassenutzung für Agrotreibstoffe und Biogas dringenden Änderungsbedarf gibt. Es droht weltweit eine neue Ernährungskrise wie 2008. Der weltweite Klimawandel hat inzwischen ernste Auswirkungen auf die Erzeugung von Nahrungsmitteln. Die USA erleben die schwerste Dürre seit 40 Jahren, aber auch Südeuropa ist massiv betroffen. Nahrungsmittelanbau muss grundsätzlich Vorrang haben vor anderen Nutzungen von Biomasse („food first“).

Seit 2004 schon empfiehlt die Europäische Energieagentur den Anbau von Biomasse für die Kraftstoffproduktion nicht mehr. Nicht erst von der aktuellen Leopoldina-Studie in Deutschland, sondern auch von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) als auch von ihrer Schwesterorganisation der Europäischen Energie Agentur (EEA) wurde in verschiedenen Studien schon seit 2007 ausgeführt, dass eine Produktion von Biomasse zur Kraftstoffproduktion - aufgrund des hohen Energieeinsatzes zur Herstellung von Mineraldünger und den berechneten Lachgasemissionen - nicht zu einem effizienten Klimaschutz beiträgt. Der Anbau von Ölpflanzen für den direkten Einsatz von Pflanzenölen im Kraftstoffbereich ist demgegenüber günstiger zu bewerten

- **Stärkung regionaler Kreisläufe und nachhaltiger Biomasseeinsatz**

Die durch die Umwandlung von Feldfrüchten (Getreide, Zuckerrüben, Mais etc.) in Biokraftstoffe für Verkehrszwecke (Biodiesel, Ethanol) bewirkten Energieeinsparungen und die dadurch erzielte Reduzierung der Treibhausgase sind deutlich niedriger als bei anderen Arten der Energiegewinnung aus Biomasse. Wir GRÜNE wollen regionale Kreisläufe stärken und einen nachhaltigen Biomasseeinsatz mit Kaskadennutzung fördern, statt mit einer Beimischungsquote von Agrokraftstoffen die großen internationalen Mineralölkonzerne zu unterstützen.

- **Erhöhung der EU-Klimaziele auf minus 30%**

Die Europäische Union muss ihre Klimaziele bis 2020 auf minus 30% der Treibhausgasemissionen setzen und ein Klimaschutzkonzept auf den Weg bringen. Darin müssen feste Reduktionsziele für die Bereiche Verkehr, Wohnen und Landwirtschaft festgelegt werden.

- **Stopp der Fremdflächennutzung für unseren Lebensstil in Europa**

Schon aktuell nutzt Europa noch einmal 10 Prozent der Agrarfläche der Europäischen Union zusätzlich – überwiegend Sojaflächen in Südamerika - nur für unsere

Fleischproduktion. Die Netherlands Environment Assessment Agency schätzt, dass die EU für ihr 10-Prozent-Ziel Bioenergie im Verkehrssektor noch mal insgesamt 20 bis 30 Millionen Hektar benötigen würde – das Doppelte der bundesdeutschen Ackerflächen. Dies führt direkt zur Ausweitung von Landgrabbing - mit unübersehbaren negativen Folgen für die Menschenrechte – insbesondere das Recht auf Nahrung. Schon 2011 haben zehn internationale Organisationen – darunter der internationale Währungsfond und die Weltbank einen Appell an die G20-Regierungen gerichtet, Biokraftstoffvorgaben und – Subventionen abzuschaffen. Daher ist eine Reduktion dieses Ziels von Seiten der Kommission sehr zu begrüßen. Europas Energie- und Eiweißbedarf muss deutlich mehr als heute nachhaltig und ressourcenschonend aus eigenen Quellen gedeckt werden.

- **Import von Energiepflanzen und Futtermittel an effektive Nachhaltigkeitskriterien binden**

Generell fordern wir sowohl für den Import von Energiepflanzen als auch von Futtermitteln in die EU die Einführung von strengen Nachhaltigkeitskriterien, die auch sozioökonomische Auswirkungen berücksichtigen entsprechend den Empfehlungen der Internationalen Leitlinien zum verantwortungsvollen Umgang mit Landressourcen. Maßnahmen der internationalen Staatengemeinschaft gegen Landgrabbing müssen vorangetrieben werden.

- **Agrarisches Leitbild am Weltagrарbericht ausrichten**

Die Ernährung von bald neun Milliarden Menschen braucht neue Ansätze und Förderstrategien. Wir fordern, die Empfehlungen des Weltagrарberichts deutlich ernster zu nehmen und auch in Europa mehr auf bäuerliche Betriebe, die Förderung mittelständischer Unternehmen und regionale Wertschöpfung zu setzen.

- **Biogas aus Rest- und Abfallstoffen begünstigen, Humusbilanz einhalten**

Die Verwendung von Rest- und Abfallstoffen für die Herstellung von Biogas muss deutlich mehr unterstützt werden als der Anbau von nachwachsenden Rohstoffen. Der Nachweis einer ausgeglichenen Humusbilanz muss bei jeder Nutzung von Biomasse zu energetischen Zwecken bindend werden.